

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Dirk Kienscherf, Ksenija Bekeris, Britta Ernst, Gabi Dobusch,  
Uwe Grund, Wolfgang Rose (SPD) und Fraktion vom 07.05.10**

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Freiwilligendienste und Zivildienst**

*In Deutschland gibt es zurzeit rund 76.000 Zivildienstleistende (Jahresdurchschnitt für 2009 liegt bei 63.000). Vor fünf Jahren gab es im Jahresdurchschnitt pro Monat rund 78.000, vor zehn Jahren 138.000 Zivildienstleistende in Deutschland. Nach Statistiken des Bundesamts für Zivildienst gibt es zurzeit rund 111.000 Zivildienstplätze. Vor fünf Jahren lag der Monatsdurchschnitt im Jahr bei 150.000, vor zehn Jahren bei 187.000. In Hamburg gibt es zurzeit 834 Zivildienststellen (Deutschland: 37.850) und 2.474 Zivildienstplätze insgesamt, von denen gegenwärtig 1.701 (68 Prozent) besetzt sind. Im Oktober 2009 wurden 184 Menschen in Hamburg zum Zivildienst einberufen.*

*CDU, CSU und FDP haben sich laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung auf die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate verständigt. Zurzeit liegt ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der nicht nur die Verkürzung des Zivildienstes zum 1. Januar 2011, sondern unter anderem die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes um bis zu sechs Monate vorsieht. Nach Einschätzung des Diakonischen Werks der EKD e.V. wird das Profil des Zivildienstes durch die angekündigte Verkürzung der regelhaften Dienstzeit deutlich verändert. Die Erfüllung der Versorgungsaufträge der sozialen Einrichtungen, der gesetzlichen Vorgaben und der Rahmenbedingungen für den Zivildienst ziehen große Herausforderungen nach sich. Die Diakonie warnt davor, dass mit einer Verkürzung der Dienstzeit auf sechs Monate etliche Dienststellen an ihre strukturelle, organisatorische und finanzielle Belastungsgrenze kommen.*

*Aus dem Bundeshaushalt werden erhebliche Mittel für den Zivildienst aufgebracht. Mit der geplanten Zivildienstzeitverkürzung von neun auf sechs Monate werden finanzielle Mittel frei. Diese freiwerdenden Mittel aus dem Zivildienst sollten gerade aus Sicht der sozialen Träger dem Freiwilligen Sozialen Jahr sowie anderen freiwilligen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat zuletzt in einem Antrag (Drs. 19/5323) auf die Bedeutung von Freiwilligendiensten hingewiesen und den Ausbau der Förderung von Angeboten von den Freiwilligendiensten Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) eingefordert.*

*Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:*

1.

a. *Wie viele FSJ-Plätze stellen die sozialen Träger beziehungsweise Einrichtungen in Hamburg jeweils und insgesamt für den Jahrgang 2008/2009 zur Verfügung?*

b. *Wie viele dieser FSJ-Plätze wurden jeweils und insgesamt besetzt?*

Träger Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)		Anzahl FSJ-Plätze Jahrgang 2008/2009	Anzahl Teilnehmer * Jahrgang 2008/2009
1	Arbeiter-Samariter-Bund - ASB	50	51
2	AWO Arbeiterwohlfahrt	55	58
3	Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. -bpa-	13	13
4	Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. – FSJ Kultur	23	23
5	Deutsche Seemannsmission Hamburg-Harburg e.V. DUCKDALBEN	5	5
6	Diakonisches Werk in Hamburg	224	224
7	Elsa-Brandström-Haus im DRK e.V.	278	278
8	Erzbistum Hamburg	27	27
9	Hamburger Sportjugend	31	32
10	Hospital zum Hl. Geist	14	12
11	ijgd Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (DPWV)	210	210
12	Internationaler Bund e.V.	180	180
13	Johanniter-Unfall-Hilfe	14	14
	<b>Summe:</b>	<b>1.124</b>	<b>1.127</b>
	<b>Plätze im Ausland</b>		
14	AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.	28	28
15	ijgd Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V. – Ausland	8	8
	<b>Plätze und Teilnehmer FSJ Ausland</b>	<b>36</b>	<b>36</b>

\* Eine die Platzzahl übersteigende Teilnehmerzahl kann sich durch Berücksichtigung von Abbrechern ergeben.

2. *Welche Einrichtungen sind zurzeit als Einsatzstellen für das FÖJ zugelassen? (Bitte die als Einsatzstellen zugelassenen Organisationen mit der Anzahl der besetzten Stellen für den aktuellen Jahrgang (2009/2010) aufführen und anzeigen, in welchen Einrichtungen anerkannte Kriegsdienstverweigerer ihren Ersatzdienst als FÖJ absolvieren können. Bitte zudem die Finanzierungsstruktur aufzeigen.)*

Die zuständige Behörde hat als Träger die in den nachstehenden Tabellen aufgeführten Einrichtungen als Einsatzstellen für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) zugelassen. Die als Einsatzstellen zugelassenen Organisationen sind mit der besetzten Anzahl der Stellen aufgeführt. Teilnehmer, die als anerkannte Kriegsdienstverweigerer ihren Ersatzdienst als FÖJ absolvieren, sind mit einem (Z) gekennzeichnet. Darüber hinaus ist den Tabellen die Finanzierungsstruktur zu entnehmen. Im Hamburger FÖJ können Zivildienstleistende auf allen Einsatzstellen eingestellt werden, allerdings müssen mindestens 22 Plätze von Nicht-Zivildienstleistenden besetzt sein.

1. Einsatzstellen innerhalb der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU, durch diese finanziert):

	2009/2010
Abteilung Nachhaltigkeit	1

	2009/2010
Altlasten	1
Neuwerk *)	-
Betreuung der Naturschutzgebiete	1

\*) Träger pausiert.

2. Einsatzstellen in Unternehmen und anderen Behörden (jeweils durch diese finanziert):

	2009/2010
Hamburger Friedhöfe	2
Hamburger Stadtentwässerung	1
Stadtreinigung Hamburg	5+1(Z)
Hamburger Wasserwerke	1(Z)
Hamburger Verkehrsverbund	1(Z)
REpower Systems AG	1(Z)
Waldkindergarten Abenteuerland	1(Z)
Bezirksamt Eimsbüttel, Revierförsterei	1(Z)

3. Einsatzstellen in Vereinen, Stiftungen (rund 50 Prozent Eigenfinanzierung und Restfinanzierung durch die BSU):

	2009/2010
Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände	1
Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung	2
BUND, Landesverband Hamburg	1
Förderverein Schulbiologiezentrum Hamburg	1+1(Z)
Gesellschaft für Ökologische Planung (GÖP)	2
Greenpeace	2(Z)
Naturschutzbund Deutschland	1
Vier Pfoten, Stiftung für Tierschutz	2
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	2
Stiftung Naturschutz und Stiftung Loki Schmidt, Boberg	2
Verein Jordsand	1
Eine Welt Netzwerk	1
B.A.U.M. e.V.	1
Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein (Höltigbaum)	2
Save Our Future (S.O.F.)	pausiert
Institut für Hygiene und Umwelt	1
Zukunftsrat Hamburg	pausiert
Nordelbisches Missionszentrum	1
Hohenbuchen, Lernort Natur	pausiert
Die Multivision e.V.	1
Förderverein Klövensteen	2
Hamburger Umweltzentrum	1

4. Einsatzstellen mit Schwerpunkt im Klimaschutz:

Institution	Finanzierung	2009/2010
BUND, Geschäftsstelle	Verein	1(Z)
Deutsch-Tansanische Partnerschaft e.V.	Verein	1
Global Marshall Plan	Verein	2
Nordelbisches Missionszentrum	Verein	1
Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung ZSU Klima	Behörde	2(Z)
HVV-Schulberatung	Unternehmen	1
Internationale Bauausstellung IBA	Unternehmen	1(Z)
ELBCAMPUS ZEWU	Unternehmen	1(Z)
Microsol	Unternehmen	1(Z)
Bildungswerkstatt Natur- und Umweltbildung	Verein	1
Stadtreinigung, Klimaschutz	Unternehmen	1(Z)

Die Einsatzstellen mit dem Schwerpunkt im Klimaschutz werden bis einschließlich des Durchgangs 2010/2011 in einem unterschiedlichen Ausmaß durch das Hamburger Klimaschutzkonzept finanziert:

- die bei der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) angesiedelten Stellen werden von der BSU voll aus dem Klimaschutzkonzept finanziert,
- Die Stellen in den Vereinen werden zu 75 Prozent aus Klimashutzmitteln finanziert.
- Die Stellen der Unternehmen werden zwar fachlich als Klimaschutzprojekte geführt, müssen aber von diesen selbst voll finanziert werden.

3. *Welche Struktur zeigt sich bei den FSJ- und FÖJ-Dienstleistenden im Jahrgang 2008/2009 im Hinblick auf Alter, Schulabschluss und Geschlecht? (Bitte getrennt nach FSJ und FÖJ angeben.)*

Die Aufteilung der Teilnehmenden nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

	<b>FSJ-Teilnehmer</b> 2008/2009	<b>FÖJ-Teilnehmer</b> 2008/2009
<b>Gesamt</b>	1.056	55
<b>Geschlecht:</b>		
weiblich	718	29
männlich	338	26
<b>Bildungsabschluss:</b>		
Abitur	658	48
Realschule	316	2
Hauptschule	79	1
Ohne Hauptschulabschluss	3	4
<b>Alter:</b>		
unter 18	160	1
über 18	896	54

4. *Wie bewertet der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde die Angebote der neuen sozialen Freiwilligendienste wie „weltwärts“ und FSJ im Bereich Kultur? (Bitte hierzu neben einer politischen Einschätzung auch Angaben machen zu den Personen, die in diesen Bereichen tätig wurden (Anzahl, Einsatzbereiche, Alter, Schulabschluss).)*

Der Freiwilligendienst „weltwärts“ wird von der zuständigen Behörde als eine sinnvolle Alternative zu einem FSJ oder FÖJ im Ausland angesehen. Die Ausgestaltung und Finanzierung dieses Freiwilligendienstes erfolgt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Organisationen, die diesen Dienst anbieten, verfügen in der Regel über eine lange Auslandserfahrung und können daher die begleitende Seminararbeit und die Betreuung der Freiwilligen besser organisieren als die FSJ- und FÖJ-Träger.

Im Programm „weltwärts“ werden keine länderbezogenen Daten erhoben, auf Hamburg bezogene Angaben können daher nicht zur Verfügung gestellt werden. Bundesweit sind gemäß Sekretariat „weltwärts“ folgende Daten verfügbar:

- 2008: 2.257 ausgereiste Teilnehmer
- 2009: 3.525 ausgereiste Teilnehmer

Nachfolgend die Anzahl der anerkannten Einsatzplätze zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

- 2008: 3.006
- 2009: 5.431

Hauptarbeitsbereiche der anerkannten weltwärts-Einsatzplätze (Stand 18. Mai 2010):

Bildung	33,80 %
Arbeit mit Kindern und Jugendlichen	32,90 %
Gesundheit	6,50 %
Arbeit mit Menschen mit Behinderungen	6,20 %
Umwelt- und Ressourcenschutz	5,60 %
Landwirtschaft/Ernährungssicherung	3,60 %
Menschenrechte/Demokratie/Frieden	2,40 %
Kultur/Sport	2,30 %
Sonstiges im Sozialen Bereich	1,50 %
Arbeit mit Frauen	1,30 %
Öffentliche Verwaltung	1,00 %
Privatunternehmen/Technik/Handwerk	1,00 %
Arbeit mit Erwachsenen (z.B. Flüchtlinge, Obdachlose)	0,70 %
Not- und Übergangshilfe	0,60 %
Arbeit mit Senioren	0,60 %

Das Durchschnittsalter aller weltwärts-Freiwilligen beträgt 20,1 Jahre. Der Bildungsabschluss der Freiwilligen wird nicht systematisch erhoben.

Der Jahrgang 2009/2010 FSJ-Kultur verteilte sich auf 22 Einsatzstellen mit 24 Plätzen. Zu den Einsatzstellen gehören: WERKSTATT 3, Museum für Völkerkunde, hamburgmuseum, Museum für Kunst und Gewerbe, Freilichtmuseum am Kiekeberg, Jamliner, Deutsches Schauspielhaus, Ernst Deutsch Theater, Fundus Theater, Hamburger Kunsthalle, TIDE TV, Bramfelder Kulturladen, Bücherhallen Hamburg.

Die Jugendlichen sind zwischen 19 und 24 Jahren alt, haben überwiegend Abitur (vereinzelt: Realschulabschluss, Fachhochschulreife oder eine andere Berufsausbildung). Die Nachfrage übersteigt das Angebot an Einsatzstellen. Die Fachbehörde sieht im FSJ-Kultur ein wichtiges Angebot zur vorberuflichen Orientierung von Jugendlichen in kulturellen Feldern.

Die Grundfinanzierung für das FSJ übernehmen die einzelnen Einsatzstellen. Die zuständige Behörde fördert Einzelmaßnahmen in kleineren Kultureinrichtungen aus einem Impulsfonds, der je zur Hälfte von der Behörde für Kultur, Sport und Medien und der Stiftung der Hamburg-Mannheimer-Versicherung getragen wird und der finanzschwache Kultureinrichtungen, die ein FSJ-Kultur anbieten wollen, mit bis zu 200 Euro unterstützt.

5. *Laut Antwort des Senats auf die Große Anfrage im Mai 2009 (Drs. 19/2907) werden gezielte Einzelmaßnahmen zur Werbung für freiwillige soziale Dienste durchgeführt. Hat der Senat dazu eine Evaluation des Angebots und dessen Nutzung durch Bürgerinnen und Bürger durchgeführt?*

Nein. Eine Evaluation der Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen hat nicht stattgefunden und ist auch nicht geplant, weil die Maßnahmen innerhalb eines komplexen Zusammenspiels zwischen Trägern, Schulen und Bewerbern stattfinden und die direkte Wirkung einzelner Maßnahmen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand nachgewiesen werden könnte.

- a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*

Entfällt.

- b. *Wenn nein, warum nicht beziehungsweise ist eine entsprechende Auswertung des bestehenden Werbeangebotes geplant?*

*Wenn ja, wann und in welcher Form?*

Siehe Antwort zu 5.

6. *Werden auch gezielte Einzelmaßnahmen zur Werbung für freiwillige ökologische Dienste durchgeführt?*

*Wenn ja, von wem und welche?*

*Wenn nein, warum nicht?*

Der Träger des FÖJ in Hamburg führt jedes Jahr – gemeinsam mit den jeweiligen Teilnehmenden – einen Landesaktionstag durch. Dieser hat in jedem Jahr eine andere Schwerpunktsetzung, findet in unterschiedlichem Rahmen statt und dient vor allem der Bekanntmachung des FÖJ innerhalb der Bevölkerung. Darüber hinaus stellt der Träger des FÖJ sich regelmäßig im Rahmen von Berufsinformationstagen in Schulen vor.

7. *Welche Maßnahmen führt der Senat oder die zuständige Behörde durch, um Menschen mit geringeren Schulabschlüssen verstärkt dazu zu motivieren und vorzubereiten, Tätigkeiten im Bereich freiwilliger sozialer oder ökologischer Dienste zu übernehmen? Was hat der Senat dazu gerade im Bereich der Förderung von Jugendlichen mit Haupt- und Realschulabschluss sowie Migrantinnen und Migranten unternommen?*

Die Verbesserung der Zugangswege von Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das FSJ stehen im Mittelpunkt zweier Modellprojekte, die im Februar/März 2010 im Rahmen eines ESF-Wettbewerbes 2010 ausgeschrieben wurden. Förderziel ist es, diesen im FSJ bisher unterrepräsentierten Zielgruppen mehr Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Engagement, zur beruflichen Orientierung und zur Persönlichkeitsentwicklung zu geben. Zusätzlich sollen die Jugendlichen für den Übergang in Ausbildung und Beruf gestärkt werden. Besonderer Wert wird hier auf ein überzeugendes pädagogisches Konzept zur Begleitung dieser Jugendlichen während der Maßnahme gelegt.

Die beiden Projekte mit dem Arbeitstitel „FSJ Projekt Zukunft“ haben eine Laufzeit von zwei Jahren und ein Fördervolumen von insgesamt 200.000 Euro, je zur Hälfte finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus Haushaltsmitteln der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Rahmen des Auswahlverfahrens hat einer der Bewerber bereits einen Zuschlag erhalten, die Trägerschaft für das zweite Projekt steht noch nicht abschließend fest. Als Starttermin für beide Projekte wird der 1.9.2010 beziehungsweise 1.12.2010 angestrebt.

Das FÖJ wird regelmäßig auf Berufsinformationstagen – insbesondere auch von Gesamtschulen – vorgestellt. Auf dem jährlich stattfindenden Treffen der Betreuerinnen und Betreuer in den Einsatzstellen wirbt die BSU regelmäßig für die Berücksichtigung von Jugendlichen mit Haupt- und Realschulabschluss sowie Migrantinnen und Migranten bei der Auswahl der Teilnehmenden.

Im Übrigen ist bezüglich einer Erhöhung des Angebotes der FSJ-Plätze zu berücksichtigen, dass ausschließlich die Träger über die Einrichtung von Plätzen entscheiden und die zuständige Behörde als Zulassungsinstanz für neue Träger fungiert.

Zudem wird derzeit geprüft, inwieweit eine Ausweitung des FSJ in ein „FSJ-Politik“ angeregt werden soll.

Für das FÖJ wird über die 2008 beschlossene Erhöhung der Einsatzstellenanzahl mit dem Schwerpunkt Klimaschutz hinaus gegenwärtig kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.

8. *Im Koalitionsvertrag haben CDU und GAL zum Ehrenamt festgehalten: „Es soll geprüft werden, wie durch den Einsatz geringer pauschalierter Aufwandsentschädigungen die ehrenamtliche Tätigkeit in bestimmten, von der Stadt definierten Tätigkeitsfeldern auch bei Zuwendungsempfängern initiiert und ausgeweitet werden kann.“ In der Antwort auf die Große Anfrage aus dem Mai 2009 (Drs. 19/2907) hat der Senat darauf verwiesen, dass die „Prüfung der Initiierung und Ausweitung des Einsatzes geringer pauschalierter Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit in bestimmten, von der Stadt definierten Tätigkeitsfeldern auch bei Zuwendungsempfängern“ noch nicht abgeschlossen war. Wie ist der Stand der Prüfung nach einem Jahr? Welche Ergebnisse liegen vor und welche Änderungen wurden in diesem Bereich vorgenommen?*

Im Rahmen der überbehördlichen Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“, in der alle für diesen Themenbereich relevanten Behörden sowie die Bezirke vertreten sind, wurde das Thema ausführlich behandelt. Momentan wird eine detaillierte Bestandsaufnahme erstellt, in welchen Bereichen eine Initiierung und Ausweitung ehrenamtlicher Tätigkeit sinnvoll erscheint. Ebenso erfolgt eine Prüfung, unter welchen Voraussetzungen und begleitenden Maßnahmen neue Felder und Formen des ehrenamtlichen Engagements eröffnet werden sollen, wobei auch die Erfahrung der Maßnahmenträger in die Analyse einbezogen wird.

9. *Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) steht laut Antwort auf die Große Anfrage der SPD vom Mai 2009 (Drs. 19/2907) im ständigen Austausch mit den sozialen Trägern zu Fragen der Förderung der Rahmenbedingungen im bürgerschaftlichen Engagement. Laut Antwort auf dieselbe Anfrage plante die BSG „eine Konzeptionserstellung zur thematischen Ausweitung im FSJ“. Sieht der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde gerade vor dem Hintergrund der Zivildienstzeitverkürzung zum 1. Januar 2011 Handlungsbedarf, das Angebot an FSJ- und FÖJ-Plätzen jeweils zu erhöhen?*

*Falls ja, welche Schritte unternimmt er beziehungsweise sie dazu?*

*Falls nein, warum nicht?*

Siehe Antwort zu 7.

10. *Das Element der Freiwilligkeit von sozialen Diensten ist zu stärken. Die Freiwilligendienste, die sich großer Beliebtheit bei jungen Menschen erfreuen – auf einen Platz kommen bis zu drei Bewerber – müssen gestärkt und ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat, ob er es für sinnvoll erachtet, sich dafür einzusetzen, dass alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit eines Jugendfreiwilligendienstes erhalten? Und setzt sich der Senat im Bundesrat dafür ein, den Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst gesetzlich zu verankern?*

Nein. Nach Auffassung der zuständigen Behörde würden staatliche Stellen beziehungsweise die Träger dazu verpflichtet, eine große Zahl von Plätzen bei einer schwankenden, kaum zu kalkulierenden Bewerberzahl und mit dem Risiko eines beträchtlichen Überangebotes vorzuhalten; dies könnte die Bereitschaft freier Träger zur Einrichtung solcher Plätze dämpfen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Bewerberüberhang unter anderem aus Mehrfachbewerbungen resultiert und viele

Bewerber nur ganz bestimmte Einsatzfelder anstreben. Ein Rechtsanspruch auf irgendeinen Platz ist deshalb auch aus Sicht der Bewerber unattraktiv.

Im Übrigen hat sich der Senat hiermit nicht befasst.

*11. Welche Einrichtungen und welche Träger stellen 2009 wie viele Zivildiensteinsatzstellen und Zivildienstplätze in Hamburg zur Verfügung?*

<b>Spitzenverband/Träger *)</b>	<b>Zivildiensteinsatzstellen</b>	<b>Zivildienstplätze</b>
Arbeiterwohlfahrt	38	176
Deutscher Caritasverband	32	125
Deutsches Rotes Kreuz	22	51
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	228	453
davon...		
Arbeiter-Samariter-Bund	26	57
Deutsches Jugendherbergswerk	3	12
Diakonisches Werk	271	923
Deutsche Krankenhausgesellschaft	6	91
Deutscher Sportbund	14	24
Sonstige	224	628
<b>Gesamt</b>	<b>835</b>	<b>2.471</b>
Quelle: Bundesamt für Zivildienst, Stand 1.12.2009		

\*) Eine weitere Aufteilung auf einzelne Einrichtungen wird nicht erfasst.

*12. Welche Struktur zeigt sich bei den Zivildienstleistenden im Hinblick auf Alter und Schulabschluss für das Jahr 2009?*

Anzahl der Zivildienstleistenden (ZDL) im Dienst in Hamburg 2009, aufgeteilt nach Schulausbildung (Jahresdurchschnittszahlen – Stand 17.5.2010):

ohne Schulbildung/Sonderschule	1
Hauptschule ohne Abschluss	4
Hauptschule	70
Realschule	276
Fachoberschule	61
Hochschulreife	805
Fachhochschulreife	0
Fachhochschule mit Abschluss	1
Hochschule mit Abschluss	0
ZDL im Dienst	1.218

Quelle der Daten: Bundesamt für Zivildienst

Statistische Daten zur Altersstruktur liegen der zuständigen Behörde nicht vor.

*13. Aufgrund der geplanten Verkürzung des Zivildienstes von neun auf sechs Monate zum 1. Januar 2011 werden viele Träger und Einsatzstellen, wie oben ausgeführt, vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Von der Bundesregierung ist nun vorgesehen, den Zivildienst freiwillig um bis zu sechs Monate zu verlängern. Eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes führt gegebenenfalls dazu, das gesetzliche Gebot der Arbeitsmarktneutralität zu unterlaufen, denn es sollen offensichtlich „personelle Lücken“ in sozialen Einrichtungen und Einsatzstellen für das FÖJ geschlossen werden.*



- a. *Hat der Senat entsprechende Gespräche mit den Trägern und Einrichtungen über die Auswirkungen der geplanten Pläne der Bundesregierung geführt?*

*Wenn ja, was sind die Ergebnisse dieser Gespräche? Welche Umstellungen werden die Träger und Einrichtungen in Hamburg vornehmen? In welchen Bereichen sehen sie Handlungsbedarf?*

*Wenn nein, wann werden entsprechende Gespräche geführt?*

Vor Abschluss der Planungen der Bundesregierung zur Verlängerung freiwilliger Zivildienstzeiten können weder verbindliche Gespräche mit Trägern dazu geführt werden, noch können daraus resultierende Konsequenzen benannt werden.

- b. *Wie schätzt der Senat politisch die Auswirkungen einer Zivildienstzeitverkürzung und der Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes für das soziale Gefüge und den Arbeitsmarkt im Bereich der sozialen Dienstleistungen ein?*

Der Senat hat sich hiermit nicht befasst.